

# ISI

Informationsdienst Soziale Indikatoren

Sozialberichterstattung \* Gesellschaftliche Trends \* Aktuelle Informationen

**Nr. 13**  
**Januar 1995**

Eine **ZUMA**  
Publikation

## Jenseits des Bruttosozialprodukts

Neue Ansätze zur Messung von nachhaltiger Entwicklung

Grundlegende Ziele der internationalen Diskussion um den schillernden Begriff der nachhaltigen Entwicklung sind drastische Verminderungen des Verbrauchs an Naturressourcen und der Reduzierung der Belastung der Umwelt durch Schadstoffe und menschenverursachte Material- und Stoffströme. Wege dorthin bieten umfassende und technisch machbare, meist noch ungenutzte, Effizienzrevolutionen oder Steigerungen der Ressourcenproduktivitäten. Die Dringlichkeit ergibt sich aus der ökologischen Überbeanspruchung der Tragfähigkeit unseres begrenzten Planeten Erde und Forderungen nach intra- und intergenerationaler Gerechtigkeit - fundamentale ökologische und ethische Dimensionen, die der Brundtland-Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ von 1987 auf die Agenda internationaler Beratungen gesetzt hatte: Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.

## Inhalt

Jenseits des Bruttosozialprodukts .....	1
Digitales Informationssystem Soziale Indikatoren - DISI .....	5
Einstellung zur Berufstätigkeit der Frau: Steigende Zustimmung im Osten, Stagnation im Westen .....	6
Workshop: Sozialberichterstattung: Berichtssysteme für einzelne Lebensbereiche und Teilpopulationen .....	10
Materiell gesichert, aber häufig isoliert - Zur Lebenssituation älterer Menschen im vereinten Deutschland .....	11
Datenreport 1994 .....	16

### Das Bruttosozialprodukt - ein problematisches Wohlfahrtsmaß

Der Entwicklung und Anwendung neuer Indikatoren und Maßstäbe zur Erfassung von Sozial- und Umweltverträglichkeit weiterer wirtschaftlicher Entwicklung kommt hohe umweltpolitische und forschungspraktische Priorität zu, denn die klassischen Stabilitätsziele der Wirtschaftspolitik sind wachstumsorientiert, enthalten keinerlei ökologische Zielvorstellungen und basieren auf rein wirtschaftlichen Daten bzw. Umsatz-Kennziffern aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Diese liefern die für den wirtschaftspolitischen Prozeß schicksalhafte Größe des Bruttosozialprodukts (BSP), obwohl zentrale Mängel und Aussagegrenzen des BSP als Wohlfahrtsmaß lange bekannt sind:

- Einkommens- und Vermögensverteilungen werden nicht ausgewiesen.
- Nicht über Märkte vermittelte Güter und Dienste (informeller Sektor) ge-

hen nicht in das BSP ein, insbesondere die Hausarbeit.

- Volkswirtschaftliche Schäden und soziale Kosten gehen nicht in das BSP ein, während Bestandsveränderungen von Kapital (Ressourcen, Grund und Boden, Humankapital) nicht bewertet werden.
- „Leistungen der Natur“ werden als unentgeltlich angesehen.

Derartige BSP-Daten sind die Basis, auf der zwischen entwickelten und weniger bzw. unterentwickelten Ländern diskriminiert wird. Versuche, den trügerischen Schein rein wachstumsbedingter Wohlstandsgewinne mittels defensiver Kosten (nur tatsächlich aufgewendete soziale und ökologische Folgekosten wirtschaftlicher Entwicklung) zu durchbrechen, zeigen ein anderes Bild: auf bereits rund 12% des BSP schätzt Christian Leipert solche defensiven Ausgaben in der Bundesrepublik, die in den 70er und 80er Jahren dreimal so rasch angestiegen sind wie das

BSP. Sie entsprechen für das Jahr 1989 etwa 268 Mrd. DM, einer Summe, die höher ist als das gesamte BSP von Ländern wie Argentinien, Ägypten und den Philippinen zusammen. Das Karlsruher Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung hat darüber hinaus die jährlichen Umweltschadens-Kosten für Westdeutschland bei einer halbwegs vollständigen Bilanzierung auf über 600 Mrd. DM beziffert, was ungefähr einem Fünftel des gesamten BSP entspricht. Das Institut hat kalkuliert, daß allein der Treibhauseffekt bis zum Jahre 2030 die astronomische Summe von 907 Mrd. Dollar kosten wird.

Vor allem für die Entwicklungsländer ergeben sich gravierende Folgen ungeeigneter Wohlstands-Messungen: kapitalarm und somit auf ihre natürlichen Ressourcen angewiesen, haben verschiedene Länder wie die Philippinen oder Indonesien, selbst entwicklungspolitische Muster-Länder wie Costa Rica, ihre BSP-Prosperität oft nur durch progressiven Raubbau an ihren Naturschätzen erkaufte. Die Zahlen derartiger, innerhalb kurzer Zeiträume sich ereignenden Fehlentwicklungen werden in der traditionellen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht ermittelt, sondern systematisch überdeckt und somit verschleiert. Insbesondere das World Resources Institute in Washington hat in den letzten Jahren zur Bewertung natürlicher Ressourcen wichtige Forschungsarbeit geleistet und eindrucksvolles Fakten-Material vorgelegt. Wichtig hierbei sind auch die Erkenntnisse über die mit solchen Destruktionsprozessen einhergehenden negativen sozialen und beschäftigungsbezogenen Folgen für das Gros der Bevölkerung.

#### Alternative Indikatoren benötigt

Andere Maße und Indikatoren als das BSP zur Porträtierung der sozialen und ökologischen Entwicklung sind daher dringend erforderlich. Die Palette konzeptioneller und operationalisierbarer Ansätze ist unterdessen recht breit und entspricht der Erkenntnis, daß es keinen Königsweg mehr gibt, sondern je nach Fragestellung gesonderte Erhebungs- und Auswertungsmethoden benötigt werden, die nicht konkurrieren, sondern sich sinnvollerweise eher ergänzen sollten. Auf einige dieser teilweise schon erprobten Ansätze soll im folgenden exemplarisch näher eingegangen werden:

- der ISEW= Index of Sustainable Economic Welfare
- die Quality Indicators for Progress
- der HDI=Human Development Index
- das sogenannte Grüne Sozialprodukt

#### Der „Index of Sustainable Economic Welfare“ (ISEW) - ein neues nationales Wohlfahrtsmaß

Dieser neue Wohlfahrts-Index ist erstmals in dem Buch von H.D/J. Cobb Jr. „For the Common Good“ im Jahre 1989 für die USA vorgestellt worden und hat unterdessen schon für verschiedene andere Länder Nachahmung erfahren. In der Tradition jahrzehntelanger Bemühungen besteht das Hauptziel dieser Ansätze letztendlich darin, anstelle von unzähligen einzelnen Indikatoren wie im BSP eine zusammenfassende monetäre Maßzahl für „sustainable economic welfare“ zu erhalten. Die Ermittlung des ISEW erfolgt - ausgehend von pro Kopf-Konsum-Ausgaben - durch Additionen und Subtraktionen vom BSP.

Diese Korrekturen beziehen sich nicht nur auf die Wohlfahrt heute, sondern es wird auch versucht, die Folgen heutigen Wirtschaftens für künftige Generationen zu erfassen. Die Auswahl und eingehenden Begründungen dieser einzelnen Elemente zur Korrektur des BSP können hier nicht im einzelnen diskutiert sondern nur kurz skizziert werden. Der ISEW enthielt als Hauptkomponenten den Privatkonsum, die Einkommensverteilung, den Wert unbezahlter Hausarbeit, Veränderungen des Kapitalbestandes, Kosten der Verschlechterung von Lebens- und Umweltqualität sowie einige langfristige Kosten unserer Wirtschaftsweise. Die hierfür ermittelten monetären Ziffern werden dann auf die Bevölkerungsgröße bezogen, um einen pro-Kopf-Wohlfahrtsindex zu erhalten.

Dieser Index kann für die Jahre ab 1950 mit der BSP-Entwicklung in verschiedenen Ländern in Beziehung gesetzt und verglichen werden und zeigt folgende generelle Tendenzen auf:

- ISEW und ISEW pro Kopf sind recht ähnlich, d.h., es gibt keine signifikanten Unterschiede, die der Bevölkerungs-Entwicklung zuzuschreiben wären.
- Bis in die 70er Jahre entwickeln sich BSP und ISEW in die gleiche Rich-

tung, wenngleich beim ISEW mit geringeren Zuwachsraten. Nach 1980 zeigt sich jedoch eine signifikante Änderung: das BSP steigt weiter, die ISEW-Werte sinken.

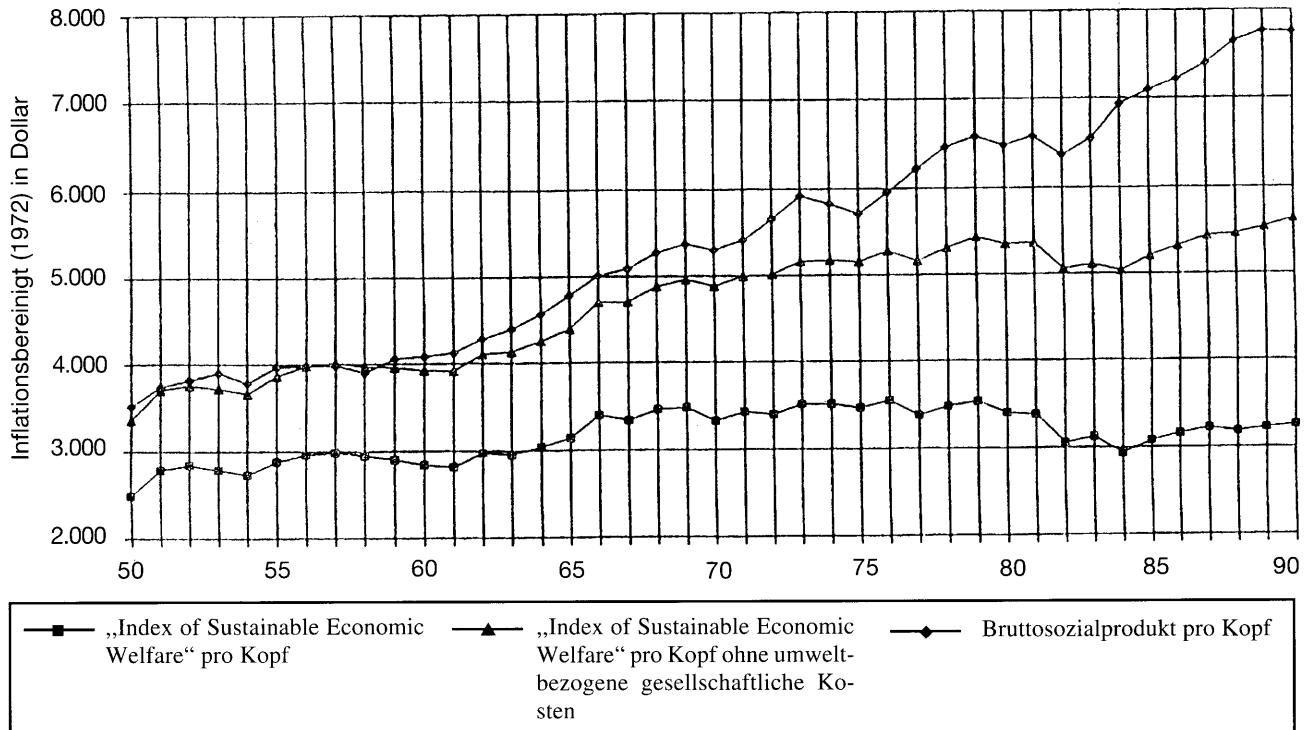
Insgesamt zeigt die bundesrepublikanische Entwicklung - ebenso wie die US-Entwicklung in alter und aktualisierter Form und eine 1994 erstmals publizierte Version für Großbritannien, daß fortgesetztes Wirtschaftswachstum nach BSP-Daten keineswegs gleichzeitige Wohlfahrts-Gewinne impliziert! Im Gegenteil, die bislang vorliegenden ISEW-Studien signalisieren nicht nur eine Entkopplung der Wohlfahrtsentwicklung vom Wirtschaftswachstum, sondern sogar einen gegenläufigen Trend, d.h. einen Rückgang im ISEW.

Derartige Ergebnisse sind insofern nicht nur wissenschaftlich höchst relevant, sondern auch gesellschaftspolitisch äußerst bedeutsam. Weisen sie doch darauf hin, daß der bislang mit Wirtschaftswachstum verbundene Automatismus von Wohlfahrtssteigerungen schon längst nicht mehr gegeben ist - und demzufolge weiteres Wachstum nicht sicherzustellen vermag, daß damit auch weitere Wohlfahrtsgewinne einhergehen werden. Was dieser Trend für eine an Wachstum- und Stabilität orientierte Wirtschafts-Politik bedeuten kann, liegt auf der Hand: Hielte ein solcher BSP-ISEW-Entkopplungsprozeß an, wären Wohlfahrtsverluste und damit ein ernsthaftes Überdenken der künftigen Politik angezeigt. Das BSP allein erweist sich ganz im Sinne vieler Kritiker als ein schlechter Kompaß.

#### Die „Quality Indicators for Progress“-lokale Ansätze

Ein weiteres Konzept zielt nicht so sehr auf nationale, sondern auf lokale und regionale Indikatoren für nachhaltige Entwicklungen. Solche Ansätze werden vor allem in jüngster Zeit stark in den Vordergrund praktisch-politischer Aktivitäten gestellt, wie z.B. in der „Charter of European Cities and Towns towards Sustainability“, die als lokaler Aktionsplan zur Umsetzung der Agenda 21 von Rio de Janeiro auf einer europäischen Konferenz in Aalborg/Dänemark im Mai 1994 verabschiedet worden ist. Eine entsprechende, mittlerweile weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt gewordene lokale Initiative in der Bundesrepublik findet man

Graphik 1: Neue ISEW-Berechnungen für die USA



Quelle: Cobb, C. & Cobb, J. B. Jr. (1994): The Green National Product, Lanham, New York, London, S. 283.

z.B. in dem Ulmer Projekt, dem neben seinem spiritus rector Prof. Helge Maier/Stuttgart auch weitere externe Berater beigetreten sind. Derartige neuere Bemühungen können von bereits praktizierten ähnlichen Initiativen profitieren.

Als ein Beispiel dafür sei ein Projekt in Jacksonville/Florida genannt, das 1985 gestartet wurde und auf einer ausgeprägten Motivation für kommunale Entwicklung seitens der Handelskammer und dem Jacksonville Community Council zur Erstellung jährlicher „Quality-Indicators“ for Progress basiert. Richtschnur für die Selektion geeigneter Indikatoren waren hierbei folgende Kriterien: Validität, Verfügbarkeit, Stabilität und Verlässlichkeit, Verständlichkeit, Verantwortlichkeit, Politik-Relevanz, Repräsentativität. Mehr als ursprünglich einhundert Freiwillige waren ab 1985 mit der Entwicklung dieses „Quality of Life Index“ für Jacksonville befaßt, der in neun Hauptbereichen 74 Indikatoren umfaßte; diese betreffen vor allem: Gesundheit, Ausbildung, Natürliche Umwelt, Politik, Soziales Umfeld, Kultur, Mobilität, öffentliche Sicherheit und Wirtschaft. Hierzu werden Zustands- und Zielerreichungs-Zahlen auf

der Basis eines interaktiven Partizipations-Prozesses erstellt, der mittels Telefonbefragung jeweils im September eines jeden Jahres durchgeführt wird.

Das Jacksonville Community Council stellt die Forschungskapazitäten für die Ziel- und Indikator-Ermittlung zur Verfügung und die „task forces“ ermitteln für jeden der fraglichen Indikatoren eine Zielstellung für das Jahr 2000 unter Angabe von Haupt-Prioritäten für den kommunalen Aktionsplan im Verlaufe der neunziger Jahre. Hauptorientierung für dieses als „vague and elusive“ konzedierte Konzept von Quality of Life-Indikatoren blieb auch nach den jüngsten Dokumenten die Orientierung an „well being, fulfillment, or satisfaction resulting from factors in the external environments“.

**Der „Human Development Index“- ein Maß für eine internationale Rangordnung?**

1994 ist der fünfte „Human Development Report“ vom neuen Leiter der UNDP-Arbeitsgruppe in New York, Gustave Speth, einem der führenden Repräsentanten der US-Umweltbewegung vorgelegt

worden. Der Bericht enthält als Neuerung des Grund-Ansatzes die explizite Ausrichtung auf ein neues Modell von „Sustainable Human Development“ und geht vom Wert des menschlichen Lebens an sich aus. Es achtet Leben nicht nur, weil Menschen materielle Güter produzieren können - so wichtig dies sein mag. Es schätzt auch nicht ein Leben höher ein als ein anderes. Kein neugeborenes Kind sollte zu einem verkürzten oder elenden Leben verurteilt sein, nur weil es zufällig in die falsche Gesellschaftsschicht oder das falsche Land hineingeboren wird oder dem falschen Geschlecht angehört.

Es wird nunmehr betont, daß „Sustainable Human Development“ mehr sei als „Sustainable Development“, weil diese Entwicklung den Menschen in den Mittelpunkt stelle und unmißverständlich klar mache, daß die Ungerechtigkeiten von heute so groß sind, daß die Aufrechterhaltung der derzeitigen Form der Entwicklung die Verfestigung ähnlicher Ungerechtigkeiten für künftige Generationen bedeuten würde. Der Kern einer nachhaltigen menschlichen Entwicklung liegt darin, daß jeder gleichen Zugang zu Entwicklungschancen haben sollte - heute

und in Zukunft. Diese Philosophie basiert auf dem capability-Ansatz des Harvard Professors für Ökonomie und Philosophie, Amartya Sen, und stellt dementsprechend mehr auf die Gewährleistung von Potentialitäten, denn auf irgend eine konkrete Zielerreichung (Zufriedenheit, Mindeststandards oder Mindesteinkommen etc.) ab.

Die „Human Development Reports“ (HDR) haben seit ihrem ersten Erscheinen (vgl. ISI 5, Januar 1991) spürbar frischen Wind in die internationale entwicklungspolitische Debatte gebracht und sind dementsprechend nicht unumstritten. Sie enthalten jährliche Schwerpunktthemen, jeweils einen ausführlichen statistischen Anhang mit weltweiten Indikatoren für menschliche Entwicklung und vor allem einen neuen Indikator, der hier besonders interessierenden „Human Development Index“ (HDI), der nationalen Regierungen als Orientierungshilfe zur Ableitung von Politikmaßnahmen sowie zu internationalen Vergleichen dienen soll. Der HDI resultiert aus nur 3 Komponenten:

- Lebenserwartung, gemessen mittels der durchschnittlichen Lebenserwartung in Jahren bei der Geburt.
- Bildungsniveau; ursprünglich wurde (im HDR 1990) das Bildungsniveau nur durch die Alphabetisierungsrate der Erwachsenen gemessen. Seit 1991 wird dieser Indikator kombiniert mit der durchschnittlichen Anzahl von Schuljahren, wobei letztere mit einem Drittel und die Alphabetisierung mit zwei Dritteln gewichtet wird.
- Lebensstandard; aus Mangel an anderen Indikatoren wird - trotz aller Kritik am BSP - zur Berechnung des Lebensstandards das Pro-Kopf-Einkommen herangezogen. Das HDR-Team verwendet aber nicht die sonst üblichen BSP-Daten, sondern Berechnungsgrundlagen, die die reale Kaufkraft pro Kopf ermitteln sollen.

Der Einkommensberechnung liegt dabei die Annahme zugrunde, daß mit steigendem Einkommen der Beitrag einer marginalen Einkommenserhöhung zur menschlichen Entwicklung abnimmt. Aus diesen drei Indikatoren wird gleichgewichtig ein zusammengefaßter Index konstruiert und eine internationale Rangfolge von 173 Ländern ermittelt - unterteilt in „low, medium, high human develop-

ment“. Dieser - z.B. verglichen mit dem ISEW - recht einfache Index kann in vielerlei Weise kritisiert werden, doch stellt er einen politisch interessanten Ansatz zu einer alternativen Indikatoren-Bildung jenseits des BSP dar. Die grundlegende immanente Schwäche, daß er aufgrund der getroffenen Annahmen nur relativ schwache weitere Differenzierungen innerhalb der nördlichen Industrienationen ergibt, steht zugunsten des beabsichtigten Dritte Welt-bias zurück.

### **Das Öko-Sozialprodukt – Aufbau von umweltökonomischen Gesamtrechnungen-(UGR)-Satelliten-Systemen**

Als politisch vorrangiges Beispiel von Alternativen zum traditionellen BSP werden auf internationaler Ebene die neueren Arbeiten zur Entwicklung eines Öko-Sozialprodukts angesehen. Für die umweltbezogenen Aspekte von nachhaltiger Entwicklung wird von ökologischen Ökonomen von einem Einkommens-Konzept des Nobelpreisträgers Sir John Hicks ausgegangen; danach kann „sustainability“ als die Konsummenge bestimmt werden, die auf unbestimmte Zeit ohne große Beeinträchtigung des Kapitalstocks aufrechterhalten werden kann. Analog zur lang schon geübten Praxis der Abschreibung auf menschengemachtes Kapital gelangt man über mehrere konzeptionelle Schritte, vor allem der sogenannten Vermeidungskosten vom BSP, zu einem ökologisch korrigierten Nationaleinkommen, dem grundlegenden Schritt hin zu dem geforderten grünen Sozialprodukt. Die theoretisch-konzeptionellen Arbeiten auf diesem Gebiet sind unterdessen so weit vorangeschritten, daß es bei entsprechender Förderung und institutioneller Sicherstellung ihrer Implementierung in sogenannten Satelliten-Systemen der amtlichen Statistik schon bald gelingen könnte, statt der frisierten Wohlfahrtsbilanz erste realistischere Daten zu erhalten.

Die Vereinten Nationen haben Anfang der neunziger Jahre nicht nur das traditionelle SNA-Konzept (System of National Accounts) reformiert, sondern zugleich auch allen Ländern den Aufbau eines SEEA (System of integrated Environmental and Economic Accounting) empfohlen. Dieses UN-Handbuch für eine umweltökonomische Berichterstattung dient derzeit verschiedenen nationalen Bemühungen auf dem Wege zu einem Grünen Sozialprodukt zur Orientierung für ihre

jeweiligen nationalen Umsetzungsschritte. In der Bundesrepublik war hierzu von Ex-Bundesumweltminister Töpfer ein wissenschaftlicher Beirat zur umweltökonomischen Gesamtrechnung (UGR) einberufen worden, dem die begleitende Beratung der konkreten Arbeiten des Statistischen Bundesamtes und der neuen Abteilung Umweltökonomische Gesamtrechnung obliegt.

Als Mitglied dieses UGR-Beirates hat der Verfasser Gelegenheit, in einem von der EG-Generaldirektion XII ab 1994 geförderten Forschungsprojekt zu einem „environmentally adjusted national income“ insbesondere die Implementierungs-Fragen mit zwei Statistischen Ämtern (Holland, BRD) zu konkretisieren. Dabei soll auch den neuen Möglichkeiten nachgegangen werden, die sich durch die Entwicklung korrespondierender einzelwirtschaftlicher Umweltberichterstattungs-Systeme (EG-Öko-Audit, Umweltmanagementsysteme etc.) ergeben, auf eine stärkere Verzahnung von Makro- und Mikroinformationssystemen hinzuwirken.

### **Vom trügerischen zum nachhaltigen Wohlstand**

Voranstehende Exempel zu neueren - z.T. schon erprobten und teils noch eher konzeptionellen - Bewertungsansätzen nachhaltigen Wirtschaftens geben einen ersten Einblick in das Spektrum derzeitiger internationaler Bemühungen um Ansätze jenseits vom Bruttosozialprodukt; die Palette der Vorschläge und Ansätze, vor allem auch zu physischen Indikatoren-Systemen ist breiter und bedürfte einer weitergehenden Darstellung, vor allem hinsichtlich der verschiedenen, auf OECD-Ebene derzeit mit Vorrang favorisierten „Environmental Performance Indicators“ oder der auf Basis eines Minimal-Konsenses für den Nach-Rio-Prozess und die UN Commission on Sustainable Development (CSD) vorgeschlagenen „Indicators for Action“.

An fruchtbaren und praxis-orientierten Vorschlägen und Umsetzungs- bzw. Implementierungs-Initiativen jenseits des BSP fehlt es demzufolge nicht. Auf der einzelwirtschaftlichen Ebene bestehen zumal mit der EG-Initiative zur freiwilligen Einführung eines Umweltmanagementsystems bzw. eines Öko-Audits durchaus realistische Aussichten, daß er-

gänzende Erkenntnisse auf der Mikroebene bereitgestellt werden könnten, um den neuartigen Informationsanforderungen auf der Makroebene zu entsprechen. Insofern bedarf es neben weiterer Forschung vor allem des erklärten politischen Umsetzungswillens. Angesichts verschiedener (inter)nationaler Initiativen könnten hier rasch Fortschritte erzielt werden - und somit zutreffendere Einsichten für den Weg aus einem trügerischen in einen nachhaltigeren Wohlstand.

*Eberhard K. Seifert,  
Wuppertal Institut für Klima,  
Umwelt, Energie  
(Tel.: 0202- 2492-178)*

## **Digitales Informationssystem Soziale Indikatoren - DISI**

### **Ein neues Produkt der Abteilung Soziale Indikatoren**

Auf der Basis ihres Systems Sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik Deutschland hat die Abteilung Soziale Indikatoren in Zusammenarbeit mit dem Dipl.-Des. David Skopec von der Hochschule der Künste in Berlin das Digitale Informationssystem Soziale Indikatoren - DISI entwickelt. Es handelt sich dabei um ein Informationssystem für den PC, das sowohl in einer Windows- als auch in einer Macintosh-Version angeboten wird und sich vor allem durch eine einheitliche, übersichtliche und flexible Form der Datenvisualisierung auszeichnet.

Das Digitale Informationssystem Soziale Indikatoren umfaßt Informationen über den sozialen Wandel und die Wohlfahrtsentwicklung in derzeit zwölf Lebensbereichen. Die rund 260 Indikatoren und nahezu 900 Zeitreihen, die das Informationssystem gegenwärtig umfaßt, geben Auskunft über die Veränderung der objektiven Lebensbedingungen, die subjektive Lebensqualität und den Wandel der Sozialstruktur in der Bundesrepublik Deutschland- vorerst allerdings noch beschränkt auf den Bereich der alten Bundesländer, da entsprechende Zeitreiheninformationen für einen Großteil der Indikatoren für die neuen Bundesländer noch nicht oder nur sehr rudimentär vorliegen. Der Beobachtungszeitraum erstreckt sich vom Beginn der fünfziger bis zum Beginn der neunziger Jahre. Mit der Disaggregation der Zeitreihen nach verschiedenen Merkmalen bietet DISI auch Informationen über die soziale Lage einzelner Bevölkerungsgruppen sowie die Ungleichheit der Lebensverhältnisse insgesamt.

Mit DISI können die umfangreichen Informationen, die das Indikatorensystem enthält, über verschiedene Wege erschlossen werden. Die Auswahl nach Lebensbereichen, Wohlfahrtsdimensionen und einzelnen Indikatoren, Stichwortregister, Sortierfunktionen und individuell gestaltbare Kombinationsmöglichkeiten eröffnen dem Benutzer vielseitige Zugänge zu dieser Datenbasis. Neben der visuellen Darstellung der Zeitreiheninformation und dem Vergleich der Zeitreihen untereinander, kann auch auf die numerischen Daten zurückgegriffen werden. Alle Zeitreihen enthalten Definitions- und Quellenangaben und können bei Bedarf als Datei ausgegeben und in andere Anwendungen übernommen werden. Ein kontinuierliches Updating dieses Informationssystems ist vorgesehen.

DISI ist voraussichtlich noch im ersten Quartal des Jahres 1995 erhältlich und wird über ZUMA vertrieben.

Weitere Informationen: ZUMA, Abteilung Soziale Indikatoren, Pf. 122155, 68072 Mannheim.

*Heinz-Herbert Noll, ZUMA  
(Tel.: 0621-1246-241)*

## Einstellung zur Berufstätigkeit der Frau: Steigende Zustimmung im Osten, Stagnation im Westen

Eine der ausgeprägtesten gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte betrifft die Rolle der Frau in Familie und Beruf. Zu nennen ist hier in erster Linie der Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit, insbesondere der von Müttern kleiner Kinder. Weitere auffällige Entwicklungen im Bereich der Familie hängen mit der sich wandelnden Rolle der Frau zusammen bzw. wirken auf diese zurück, wie etwa die Zunahme nichtehelicher Formen des Zusammenlebens, die Zunahme der Ehescheidungen, die Abnahme der Geburtenzahlen sowie die Zunahme sogenannter unvollständiger Familien, in denen in der Regel die Frau alleine für die Erziehung der Kinder verantwortlich ist. Veränderungen dieser Art haben in allen industriellen Gesellschaften stattgefunden - allerdings mit unterschiedlicher Geschwindigkeit. Parallel zu diesen Änderungen des tatsächlichen Verhaltens ist in allen Ländern, in denen entsprechende Daten erhoben wurden, auch ein nachhaltiger Einstellungswandel zu beobachten. Diese Einstellungen können eine Konsequenz des Verhaltens sein, sie sind aber auch eine wesentliche Voraussetzung für eine Fortsetzung der allmählichen Entwicklung hin zu einer faktischen Gleichstellung der Frau. Es ist daher - auch unabhängig vom tatsächlichen Verhalten - wichtig, wie sich die Menschen in West- und Ostdeutschland in diesem Einstellungskomplex unterscheiden, wie sich die Einstellungen in den letzten Jahren in Deutschland entwickelt haben und in welche Richtung sie sich voraussichtlich in der Zukunft entwickeln werden.

Hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung der Frauen und der außerfamiliären Betreuung von Kindern gab es beträchtliche Unterschiede zwischen West- und Ost-

deutschland. Nach der Vereinigung sind jedoch die meisten der institutionellen Regelungen und Strukturen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Kindererziehung in der ehemaligen DDR erheblich erleichtert haben, allmählich abgebaut worden. Damit sind nun auch im Osten Familie und Berufstätigkeit weniger gut vereinbar geworden.

Zur Untersuchung des Einstellungswandels liegen für den Westen aus dem ALLBUS (Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften) Zeitreihen vor, die bis ins Jahr 1982 zurückreichen, für den Osten kann lediglich die Entwicklung nach der Vereinigung (ab 1991) nachgezeichnet werden. Weiterhin ist es möglich, Deutschland im Vergleich zu anderen Industriegesellschaften zu betrachten. Der vorliegende Beitrag muß sich allerdings im wesentlichen auf die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen West- und Ostdeutschen beschränken, wie sie sich im Jahre 1994 darstellen. Nur am Rande kann auf die Entwicklung in den letzten Jahren eingegangen werden. Die Daten, auf denen die meisten der folgenden Analysen beruhen, stammen aus der Studie „Familie und sich ändernde Rolle

**Tabelle 1: Einstellungen zur Rolle der Frau und zur Rolle des Mannes**

Zustimmung in %	West	Ost
<b>Konsequenzen der Berufstätigkeit für die Familie und die Kinder</b>		
Eine berufstätige Mutter kann ein genauso herzliches und vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Kindern finden wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist.	75	92
Ein Kind, das noch nicht zur Schule geht, wird wahrscheinlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist.	71	34
Alles in allem: Das Familienleben leidet darunter, wenn die Frau voll berufstätig ist.	62	31
Das Familienleben leidet oft, weil Männer sich zu sehr auf ihre Arbeit konzentrieren.	66	57
<b>Geschlechtsrollen-Ideologie</b>		
Einen Beruf zu haben ist ja ganz schön, aber das, was die meisten Frauen wirklich wollen, sind ein Heim und Kinder.	35	20
Hausfrau zu sein ist genau so erfüllend, wie gegen Bezahlung zu arbeiten.	48	20
Die Aufgabe des Mannes ist es, Geld zu verdienen, die der Frau, sich um Haushalt und Familie zu kümmern.	37	11
Es ist nicht gut, wenn der Mann zuhause bleibt und sich um die Kinder kümmert und die Frau außer Haus berufstätig ist.	40	41
<b>Ökonomische Funktion der Berufstätigkeit</b>		
Einen Beruf zu haben, ist das beste Mittel für eine Frau, um unabhängig zu sein.	76	80
Die meisten Frauen müssen heutzutage arbeiten, um ihre Familie zu unterstützen.	78	90
Der Mann und die Frau sollten beide zum Haushaltseinkommen beitragen.	67	94

Datenbasis: ISSP 1994

der Frau“, die im Jahre 1994 im Rahmen des ISSP (International Social Survey Programme) in 21 Ländern erhoben worden sind.

**Erhebliche Einstellungsunterschiede zwischen West- und Ostdeutschen**

Tabelle 1 zeigt, inwiefern die Befragten im Jahre 1994 auf die verschiedenen Fragen zur Rolle der Frau (und der des Mannes) in Haushalt und Beruf entweder im Sinne eines gleichberechtigten Modells geantwortet oder traditionelle Meinungen geäußert haben. Die einzelnen Aussagen sind dabei in drei Gruppen aufgeteilt: Ansichten zu den Konsequenzen der Berufstätigkeit für die Familie und die Kinder, Geschlechtsrollen-Ideologie und schließlich die Bewertung der ökonomischen Funktion der Erwerbstätigkeit.

Im Osten gehen die Befragten weit häufiger als im Westen davon aus, daß eine berufstätige Mutter ein genauso herzliches und vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Kindern finden kann wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist; daß ein Kleinkind nicht darunter leidet, wenn seine Mutter berufstätig ist und daß insgesamt das Familienleben nicht durch die Berufstätigkeit der Frau beeinträchtigt wird. Lediglich bei der Frage nach den Auswirkungen einer starken Berufsorientierung des Mannes sind die Unterschiede gering, wobei die Ostdeutschen jedoch auch hier weniger Probleme sehen. Diese Unterschiede lassen sich weitgehend aus den Erfahrungen mit den objektiv unterschiedlichen Bedingungen in beiden Teilen Deutschlands erklären: Die Doppelrolle der Frau war in der DDR der Normalfall; Berufstätigkeit und Familie waren einfacher miteinander zu verbinden als im Westen. Die Daten deuten darauf hin, daß die Menschen in den neuen Bundesländern in der Vergangenheit gute Erfahrungen mit der Doppelrolle der Frau gemacht haben.

Offensichtlich haben die Schwierigkeiten, die sich für die Frauen in den neuen Bundesländern zur Zeit bei der Verbindung beider Lebensbereiche ergeben, die Wahrnehmung möglicher negativer Folgen der Berufstätigkeit für die Kinder nicht beeinflußt. Dies schließt jedoch nicht aus, daß es als schwierig empfunden wird, Kinder und Beruf miteinander zu vereinbaren. Der enorme Rückgang der Geburten während der zurückliegenden Jahre

dürfte - neben anderen Ursachen wie der Arbeitsplatzunsicherheit und der geringer gewordenen Planbarkeit des eigenen Lebens - auch damit zusammenhängen, daß die Frauen in Ostdeutschland die Probleme bei der Vereinbarung von Familie und Erwerbstätigkeit zur Zeit eher durch einen Verzicht auf Kinder zu lösen versuchen. Dies geschieht aber offensichtlich nicht, weil sie eine Beeinträchtigung der Kinder durch eine etwaige Berufstätigkeit vermuten, sondern weil sie ihre Chancen auf eine Arbeitsstelle durch die Geburt von Kindern nicht noch weiter reduzieren wollen.

Auch im Bereich der Geschlechtsrollen-Ideologie bestehen ähnlich große Unterschiede zwischen Ost und West: Die Ostdeutschen sind deutlich weniger geneigt, die Bestimmung der Frau am Herd zu sehen. Auch hier gibt es wieder eine Ausnahme bei der Beurteilung der Rolle des Mannes: Ost- und Westdeutsche meinen zu gleichen Teilen (40 Prozent), daß es nicht gut ist, wenn der Mann zuhause bleibt und sich um die Kinder kümmert und die Frau außer Haus berufstätig ist. Die Ostdeutschen erweisen sich also nur bei der Beurteilung der Rolle der Frau als weniger traditionell als die Westdeutschen, nicht aber hinsichtlich der Rolle des Mannes. Dies bedeutet dann aber auch, daß die im Westen vielfach diskutierte Lösung des Problems der Doppelbelastung der Frau, die darin bestehen soll, daß der Mann einen größeren Anteil an der Kinderbetreuung übernimmt und zu diesem Zweck gegebenenfalls auch seine beruflichen Ambitionen zurückstellt, für die Ostdeutschen nicht attraktiver zu sein scheint als für die Westdeutschen. Sie entspricht im übrigen auch nicht der zu Zeiten der DDR gängigen Praxis, als bei-

de Partner voll erwerbstätig waren und die Betreuung der Kinder weitgehend Dritten - in der Regel staatlichen Stellen - überlassen wurde.

Bei der ökonomischen Funktion der Berufstätigkeit ergibt sich ein differenzierteres Bild. Bemerkenswert sind nur die Unterschiede bei der Betonung der Notwendigkeit eines Doppelverdienstes. Im Osten stärker verbreitet als im Westen ist auch die Einstellung, daß die meisten Frauen heute aus wirtschaftlichen Gründen arbeiten müssen; bemerkenswert ist hierbei aber eher das hohe Niveau, das die Zustimmung zu dieser Aussage in beiden Teilen Deutschlands findet.

**Ursache der Unterschiede: Erbe des Sozialismus?**

Bevor man zu einer Bewertung der Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland kommt, erscheint es sinnvoll zu fragen, wann und unter welchen Bedingungen sie entstanden sind. Sind sie etwa alle Folge der über mehr als 40 Jahre hinweg unterschiedlichen Gesellschaftsordnung in Ost und West? Gewisse Aufschlüsse darüber können die Daten früherer ALLBUS- bzw. ISSP-Umfragen bieten. Da bei diesen Umfragen - von wenigen Ausnahmen abgesehen - nicht dieselben Aussagen vorgegeben worden sind, bietet sich eine direkte Gegenüberstellung dieser Daten mit den oben berichteten aus der ISSP-Studie von 1994 nicht an.

Unmittelbar nach der Vereinigung - im Jahre 1991 - bestanden grundlegende Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen nur hinsichtlich der Beurteilung der Konsequenzen der Berufstätigkeit für die Kinder und der Notwendigkeit

**Tabelle 2: Geschlechtsrollen-Ideologie im Jahre 1991**

Zustimmung in %	West	Ost
Für eine Frau ist es wichtiger, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.	32	30
Es ist für alle Beteiligten viel besser, wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zuhause bleibt und sich um den Haushalt und die Kinder kümmert.	50	33
Eine verheiratete Frau sollte auf eine Berufstätigkeit verzichten, wenn es nur eine begrenzte Anzahl von Arbeitsplätzen gibt, und wenn ihr Mann in der Lage ist, für den Unterhalt der Familie zu sorgen.	52	44

Datenbasis: ALLBUS Baseline-Studie 1991

eines Doppelverdienstes. Bei dem eher allgemeine Wertorientierungen messenden Aspekt der Geschlechtsrollen-Ideologie waren sich die Menschen in beiden Teilen Deutschlands eher ähnlich, obwohl auch bei diesen Fragen die Ostdeutschen einer Erwerbstätigkeit der Frau schon positiver gegenüberstanden. Die Berufstätigkeit der Frau - wie auch der Beruf im allgemeinen - wurde also schon damals in den neuen Bundesländern für wesentlich wichtiger gehalten als in den alten. Allerdings dachten die Menschen in den neuen Bundesländern eher an den materiellen Aspekt, während der mögliche Beitrag des Berufes zur persönlichen Entwicklung der Frau kaum stärker zum Ausdruck kam als im Westen Deutschlands. Tabelle 2 zeigt die Ost-West-Unterschiede für Aussagen zur Geschlechtsrollen-Ideologie, die in der 94er Befragung nicht enthalten sind.

Erstaunlich ist hier insbesondere, daß sich die Ostdeutschen 1991 hinsichtlich der Beurteilung eines hypothetischen Berufsverzichts (Aussage 3) nicht sehr von den Westdeutschen unterschieden, obgleich sie sich mit 89 Prozent (West: 59 Prozent) dafür aussprachen, daß der Ehemann und die Ehefrau beide zum Haushaltseinkommen beitragen sollten. Dieser scheinbare Widerspruch dürfte dadurch zu erklären sein, daß die beim hypothetischen Berufsverzicht angesprochene Bedingung „wenn ihr Mann in der Lage ist, für den Unterhalt der Familie zu sorgen“, in Ostdeutschland nicht gegeben war.

Angesichts der höheren Erwerbsbeteiligung der Frauen und den anderen institutionellen und normativen Ausgangsbedingungen in der DDR wären 1991 auch bei der Beurteilung des Ideologie-Aspektes größere Unterschiede zu erwarten gewesen. Neben der moralischen und ökonomischen Notwendigkeit von Arbeit und der weitgehenden Übernahme der Kin-

derbetreuung durch staatliche Einrichtungen ist hier besonders die Tatsache zu erwähnen, daß Frauen ihre Erwerbstätigkeit nicht individuell in den Familien und auf kollektiver Ebene durchsetzen mußten. Andererseits dürfte gerade in der Art und Weise, wie in der DDR die berufliche Emanzipation der Frau zustande kam, auch eine Ursache für das Fortbestehen einer ähnlich traditionellen Geschlechtsrollen-Ideologie wie in den alten Bundesländer liegen. Im Gegensatz zum Westen wurde eine gewisse Gleichberechtigung der Frau in der DDR nämlich von einem patriarchalischen Staat - den größtenteils Männer repräsentierten - verordnet und durchgesetzt und nicht von unten - von Frauen (und Männern) - erstritten.

Offensichtlich war es aber nicht der Sozialismus, der die jetzt so unterschiedlichen Einstellungen zur Geschlechtsrollen-Ideologie bewirkt hat, denn dann hätten die Ost-West-Unterschiede schon 1991 stärker sichtbar werden müssen. Die Ursache für das Entstehen der Unterschiede scheint vielmehr darin zu liegen, daß in den letzten Jahren in West- und Ostdeutschland unterschiedliche Entwicklungen abgelaufen sind.

**Langfristiger liberaler Trend und rezessionsbedingte Trendwende in Westdeutschland**

Die ALLBUS-Daten zeigen, daß es von den frühen 80er bis in die frühen 90er Jahre in Westdeutschland einen beträchtlichen Wandel im Sinne einer größeren Befürwortung eines eher gleichberechtigten Rollenmodells gegeben hat. Für die ideologischen Geschlechtsrollen-Fragen ergab sich jedoch um das Jahr 1991 eine Umkehr bzw. eine Stagnation des liberalen Trends. Der Anteil der Befragten, die die Rolle der Frau vornehmlich in der Familie sehen und nicht in einer Berufstätigkeit, stieg wieder leicht an bzw. ging

nicht weiter zurück. Dies wird etwa deutlich bei der Aussage „Die Aufgabe des Mannes ist es, Geld zu verdienen, die der Frau, sich um Haushalt und Familie zu kümmern“, für die die Zustimmung in Westdeutschland 1991 bei 34 und 1994 bei 37 Prozent lag; während diese Aussage im Jahre 1988 noch von 45 Prozent der Befragten bejaht wurde - also ein Rückgang von 11 Prozentpunkten zwischen 1988 und 1991 und ein leichter Anstieg in den Jahren danach. Bei den Ostdeutschen ist die Zustimmung aber zwischen 1991 und 1994 von 23 auf 11 Prozent zurückgegangen - also ein sehr deutlicher Rückgang in diesem Zeitraum, in dem in Westdeutschland ein leichter Anstieg zu verzeichnen ist.

In Ostdeutschland führten also die Schwierigkeiten des Transformationsprozesses nicht zu einer Hinwendung zu traditionellen Werten. Vielmehr läßt sich hier ein ähnlicher liberaler Trend feststellen wie in den Jahren vor 1991 in Westdeutschland. Damit ergeben sich 1994 auch im Bereich der Geschlechtsrollen-Ideologie deutliche Unterschiede zwischen beiden Teilen Deutschlands. Als wahrscheinliche Ursache der Trendwende in Westdeutschland kommt die wirtschaftliche Rezession Anfang der 90er Jahre in Frage. Die Berufstätigkeit der Frau dürfte hier teilweise als Luxus gesehen werden, den die Gesellschaft sich nur bei einer prosperierenden Wirtschaft leisten kann. Frauen werden faktisch als Arbeitsmarktreserve betrachtet. Dies ist im Osten nicht möglich, da hier die Einkommen deutlich unter dem westdeutschen Niveau liegen, wobei die Preise bereits weitgehend angeglichen sind. In einer solchen Situation sind doppelte Einkommen eher erforderlich, um einen angemessenen Lebensstandard zu sichern. Die Erwerbstätigkeit der Frau kann daher im Osten auch nicht als Luxus (zur Selbstverwirklichung) interpretiert wer-

**Tabelle 3: Arbeitsteilung im Haushalt**

Anteile in %	stets/meistens die Frau		zur Hälfte/gemeinsam		stets/meistens der Mann	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Wäsche waschen	89	90	8	8	1	1
Kleine Reparaturen	5	2	12	9	81	88
Kranke Familienmitglieder betreuen	56	45	42	52	2	1
Lebensmittel einkaufen	48	34	44	59	7	6
Entscheiden, was es zum Essen gibt	55	35	42	61	2	4

Datenbasis: ISSP 1994



den, sondern ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

Zusammenfassend läßt sich folgendes sagen: Die jetzt sichtbar gewordenen großen Ost-West-Unterschiede im Bereich der Geschlechtsrollen-Ideologie waren kurz nach der Vereinigung noch nicht vorhanden. Zudem entspricht die Entwicklung nach der Vereinigung zwar im Osten, aber nicht im Westen Deutschlands dem langfristigen (westdeutschen) Trend. Damit ist es unwahrscheinlich, daß die unterschiedliche Sozialisation der Menschen in den beiden Gesellschaftssystemen vor der Vereinigung eine nennenswerte Rolle gespielt haben könnte: Vielmehr scheinen diese Unterschiede zumindest von Teil Folge der wirtschaftlichen Rezession im Westen und der damit zusammenhängenden Trendwende zu sein.

#### **Die Doppelbelastung der Frau: Geringe Unterschiede zwischen Ost und West**

Es wird immer wieder darauf hingewiesen, daß eine faktische Gleichstellung der Frau mit dem Mann durch eine höhere Erwerbsbeteiligung alleine nicht hergestellt werden kann. Frauen, die unter Beibehaltung der traditionellen Aufgabenverteilung im Haushalt berufstätig sind, sind praktisch doppelt belastet und arbeiten faktisch mehr als Männer. Inwieweit trifft nun die offensichtlich deutlich größere Bereitschaft im Osten, die Berufstätigkeit der Frau zu befürworten, auch auf eine veränderte Praxis der Arbeitsteilung im Haushalt?

Wie Tabelle 3 zeigt, teilen sich bei einigen der vorgegebenen Tätigkeiten die ostdeutschen Männer und Frauen stärker als die westdeutschen die Arbeit oder verrichten sie gemeinsam. Daß die Männer selber jedoch in deutlich größerem Ausmaß die Hauptverantwortung für bestimmte Tätigkeiten übernehmen, ist in beiden Teilen Deutschlands - mit der Ausnahme der kleinen Reparaturen - nicht festzustellen. Man könnte nun annehmen, daß sich Männer und Frauen in der Wahrnehmung der Arbeitsverteilung im Haushalt deutlich unterscheiden, daß also Männer eher angeben als Frauen, der Mann würde meistens oder stets eine bestimmte Arbeit erledigen. Dies ist jedoch nicht so.

Die Ostdeutschen stehen zur Zeit einer Berufstätigkeit der Frau positiver gegenüber als die Westdeutschen. Im Falle ei-

ner Überwindung der Rezession dürften sich viele dieser Unterschiede aber wieder einebnen, da sich dann der längerfristige liberale Trend auch in Westdeutschland wieder durchsetzen kann. Bei der Bewertung der Konsequenzen der Erwerbstätigkeit der Frau für Familie und Kinder dürften allerdings auch in Zukunft größere Unterschiede bestehen bleiben. Diese Einstellungen sind ja auf der Grundlage von tagtäglichen Erfahrungen entstanden, die mehrere Generationen von Ostdeutschen gemacht haben. Daran dürfte auch die Tatsache, daß beide Lebensbereiche in Zukunft faktisch weniger gut vereinbar sein werden, wenig ändern.

Auf der Ebene der Beziehung der Geschlechter ist die Bereitschaft für die von feministischer Seite geforderte stärkere Einbindung des Mannes in Hausarbeit und Kinderbetreuung bei verringertem

Engagement für den Beruf im Osten zur Zeit sicherlich nicht viel größer als im Westen. Vermutlich wird ein solches Verhalten - nun im Osten - als Luxus eingeschätzt, den sich die Menschen finanziell nicht leisten können. Besondere Impulse zu einer stärkeren Gleichstellung von Frau und Mann in der Familie, bei der sich insbesondere die Männer ändern müßten, sind daher von den Ostdeutschen nicht zu erwarten. Allerdings sind die Ostdeutschen aus der Zeit der DDR daran gewöhnt, eine Entlastung der Frau durch den Staat zu erwarten. Daher ist in Zukunft auch damit zu rechnen, daß die Ostdeutschen ein stärkeres Engagement der Gesellschaft bei der Betreuung der Kinder einfordern.

*Michael Braun, ZUMA  
(Tel.: 0621/1246-276)*

## **Soziale Indikatoren auf dem ISA-Weltkongreß**

### **XIII. World Congress of Sociology, Bielefeld, 18.-23. Juli 1994**

Unter dem Generalthema „Directions of Societal Development and Quality of Life“ veranstaltete die Working Group 6 „Social Indicators“ auf dem diesjährigen Weltkongreß für Soziologie in Bielefeld insgesamt 14 Einzelveranstaltungen. Die Themen dieser Veranstaltungen waren Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung in westlichen Gesellschaften (chair: Heinz-Herbert Noll), in Ländern der dritten Welt (chair: Gabriele Quinti u. Alex Michalos), in Asien und Australien (chair: Bruce Heady) und in osteuropäischen Gesellschaften (chair: Rudolf Andorka). Weitere Veranstaltungen beschäftigten sich mit international vergleichenden Studien zur Qualität des Lebens (chair: Ruut Veenhoven u. Ernst Gehmacher) sowie den Lebensbedingungen einzelner Bevölkerungsgruppen wie Kindern, Jugendlichen und Alten (chair: Abbott L. Ferris u. Wolfgang Glatzer). Darüber hinaus widmete sich eine Session der Frage der Demokratisierung und der „quality of citizenship“ (chair: Doh C. Shin). Die beiden abschließenden Veranstaltungen behandelten theoretische und methodische Probleme der Sozialindikatorenforschung (chair: Joachim Vogel).

Die Beiträge der Referenten aus rund fünfzehn Ländern waren fast ausnahmslos von hoher Qualität und vermittelten einen umfassenden Eindruck von den aktuellen Themen, Forschungsaktivitäten und -problemen auf dem Gebiet der Sozialindikatoren- und Lebensqualitätsforschung. Die Tatsache, daß - wie auch in vielen anderen Veranstaltungen des Weltkongresses - einige der angekündigten Referate nicht gehalten werden konnten, war vor allem darauf zurückzuführen, daß einzelnen Kollegen aus weniger wohlhabenden Ländern die Teilnahme am Kongreß aus finanziellen Gründen nicht möglich war. Der durchgängig gute Besuch der Veranstaltungen der Working Group 6 „Social Indicators“ kann als Anzeichen dafür gewertet werden, daß es derzeit - auch im internationalen Rahmen - ein starkes Interesse an Fragen der Sozialindikatorenforschung und Sozialberichterstattung gibt. Dafür spricht nicht zuletzt auch die Tatsache, daß die Mitgliederzahl der ISA-Arbeitsgruppe in den vergangenen drei Jahren erheblich zugenommen hat.

*Heinz-Herbert Noll, ZUMA  
(Tel.: 0621-1246-241)*

## **Sozialberichterstattung: Berichtssysteme für einzelne Lebensbereiche und Teilpopulationen**

**ZUMA-Workshop, Mannheim, 10. und 11. November 1994**

Von der Abteilung Soziale Indikatoren wurde am 10. und 11. November 1994 ein Workshop zum Thema Sozialberichterstattung: Berichtssysteme für einzelne Lebensbereiche und Teilpopulationen durchgeführt, der von Heinz-Herbert Noll organisiert wurde.

Die zunehmende Differenzierung und Spezialisierung auf abgegrenzte Themen und einzelne Bevölkerungsgruppen in den vergangenen Jahren bot den Anlaß, die wichtigsten Berichtssysteme dieser Art vorzustellen und zu diskutieren. So wurden Berichtssysteme entwickelt, die auf bestimmte Lebens- und Politikbereiche, wie Gesundheit, Umwelt, Bildung, soziale Probleme, wie Armut oder einzelne Bevölkerungsgruppen, z.B. Frauen, Kinder oder Senioren ausgerichtet sind. Auch in der politischen Diskussion über die soziale Lage und Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung hat diese Art von Spezial-Sozialberichterstattung immer mehr an Bedeutung gewonnen.

Im Rahmen dieses Workshops wurden nun die wichtigsten Berichtssysteme dieser Art von Experten der jeweiligen Institutionen vorgestellt. Im ersten Teil der Veranstaltung stand Sozialberichterstattung zu bestimmten Lebensbereichen, im zweiten Teil für Teilpopulationen im Vordergrund.

Nach einer Einführung von H.-H. Noll informierte G. Brückner vom Statistischen Bundesamt (Wiesbaden) über Ziele und Aufgaben der Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Er erläuterte die Informationsplattformen und Produkte der Gesundheitsberichterstattung, wie den Basisbericht, Spezialberichte und das Informations- und Dokumentationszentrum Gesundheitsdaten. Anschließend referierte H.R. Leu vom Deutschen Jugendinstitut (München) über Familienberichterstat-

tung. Er stellte die seit 1968 erschienenen fünf Familienberichte vor und demonstrierte anhand der Themenbereiche Frauenerwerbstätigkeit und Bildung, wie sich die Themenschwerpunkte im Laufe der Zeit verschoben haben und daß die Familienberichte auch als ein politisches Instrument betrachtet werden müssen.

K. Tietmann vom Umweltbundesamt (Berlin) und C. Stahmer vom Statistischen Bundesamt (Wiesbaden) berichteten über verschiedene Formen der Berichterstattung zur Umwelt. K. Tietmann präsentierte jüngste Daten aus dem Umweltbundesamt und zeigte Problembereiche der Umweltberichterstattung auf. C. Stahmer zeigte, wie verschiedene Arbeiten des Statistischen Bundesamtes in der Umweltstatistik und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in Form eines Umwelt-Satellitensystems zur Umwelt-ökonomischen Gesamtrechnung zusammengeführt und weiterentwickelt werden konnten.

Am zweiten Tag präsentierte H. Kuwan von Infratest (München) das Berichtssystem Weiterbildung, das seit 1979 im Drei-Jahres-Turnus durchgeführt wird und als Monitor ein wichtiges Instrument darstellt. A. Reinberg vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Nürnberg) präsentierte eine Bildungsgesamtrechnung des Instituts, mit Hilfe derer das Bildungs- und Ausbildungsverhalten von einzelnen Kohorten analysiert werden kann. R. Hauser von der J.W. Goethe Universität in Frankfurt unterschied in seinem Vortrag zur Armutsberichterstattung verschiedene Formen von Armut und stellte ein Konzept für eine anspruchsvolle Armutsberichterstattung vor.

Sozialberichterstattung für Teilpopulationen stellte den zweiten Teil des Work-

shops dar und wurde für die Gruppe der Kinder und der Frauen ausgeführt. Mit der Gruppe der Kinder beschäftigte sich B. Nauck von der Universität Chemnitz und präsentierte eine Studie zur Situation der Kinder und deren Lebensverhältnisse in Ost und West. C. Kramer vom Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen stellte verschiedene Berichte zur Situation von Frauen vor und diskutierte, inwieweit sie den Kriterien einer Sozialberichterstattung entsprechen.

Zusammenfassend konnte festgehalten werden, daß in vielen Bereichen Berichtssysteme für Teilbereiche und Teilpopulationen bereits existieren oder im Aufbau befindlich sind, jedoch zum Teil auch noch großer Entwicklungs- und Systematisierungsbedarf besteht. Während einige Berichtssysteme, wie z.B. Familienberichterstattung oder auch Umweltberichterstattung bereits auf eine gewisse Tradition zurückblicken können, so müssen in anderen Bereichen, wie z.B. der Sozialberichterstattung für Kinder oder für Frauen noch Konzepte für Berichtssysteme erarbeitet werden.

Es ist beabsichtigt, die Beiträge im Rahmen einer Buchpublikation zu veröffentlichen, die voraussichtlich 1995 im Campus Verlag erscheinen wird.

*Caroline Kramer, ZUMA  
(Tel.: 0621-1246-244)*

# Materiell gesichert, aber häufig isoliert

## Zur Lebenssituation älterer Menschen im vereinten Deutschland

Der Anteil älterer Menschen wird in Deutschland - wie in anderen westlichen Industrienationen - bedingt durch den Geburtenrückgang und die steigende Lebenserwartung auch in den nächsten Jahren kontinuierlich ansteigen. Dieser demographische Wandel hat mit dem Schlagwort „Alterung der Gesellschaft“ Eingang in die Medien gefunden. Diskutiert werden hierbei insbesondere die gesellschaftlichen Folgen, beispielsweise für die Produktivität der deutschen Wirtschaft angesichts alternder Belegschaften, für den Generationenvertrag oder für die Absicherung der Pflegebedürftigkeit, um nur einige Problembereiche zu benennen. Dies deutet darauf hin, daß der Informationsbedarf über die spezifische Lebenswelt älterer Menschen mit ihren objektiven Lebensbedingungen und ihrem subjektiven Wohlbefinden in der Zukunft voraussichtlich noch größer wird. Der folgende Artikel wird, ausgehend von einer soziodemographischen Strukturbeschreibung der Gruppe der Älteren, untersuchen, wie die Senioren im vereinten Deutschland leben. Damit soll ein Beitrag zur Klärung verschiedener Fragen, wie z.B. der finanziellen Versorgung älterer Frauen, der gesundheitlichen Situation Hochbetagter, der Gestaltung der Freizeit von jüngeren, aktiven Älteren oder dem Ausmaß der Vereinsamung, geleistet werden, über die in der Öffentlichkeit und den Medien kontrovers diskutiert wird. Neben einer Untersuchung der Lebensverhältnisse älterer Menschen in den Bereichen Einkommen, Wohnen, Gesundheit und Freizeit wird abschließend der Frage nachgegangen, wie diese Personengruppe das Leben allgemein und einzelne Aspekte davon bewertet.

### Ein Drittel der Bevölkerung im Jahr 2040 älter als 60 Jahre

Die Aufmerksamkeit, die der Sozialkategorie der älteren Menschen beigemessen wird, läßt sich unter anderem auf Prognosen zurückführen, die darauf hinweisen, daß der Anteil der älteren Menschen in unserer Gesellschaft deutlich ansteigen wird. In einer mittleren Variante der achten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts wird der Anteil älterer Menschen über 60 Jahre in Deutschland ausgehend von 20,4 Prozent im Jahre 1992 auf knapp 34 Prozent im Jahre 2040 anwachsen (Graphik 1). Faktoren, die für diese Entwicklung verantwortlich gemacht werden können, sind neben der zunehmenden Lebenserwartung, die sinkende Geburtenquote, aber auch die seit 1990 rückläufigen Migrationsströme insbesondere der jüngeren Geburtskohorten nach Deutschland.

In Westdeutschland ist der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung zwischen 1950 und 1992 von 14 Prozent

auf knapp 21 Prozent gestiegen, bei gleichzeitigem Bevölkerungswachstum von ungefähr 51 Millionen auf 65 Millionen im Jahre 1992. In Ostdeutschland schrumpfte die Bevölkerung zwischen

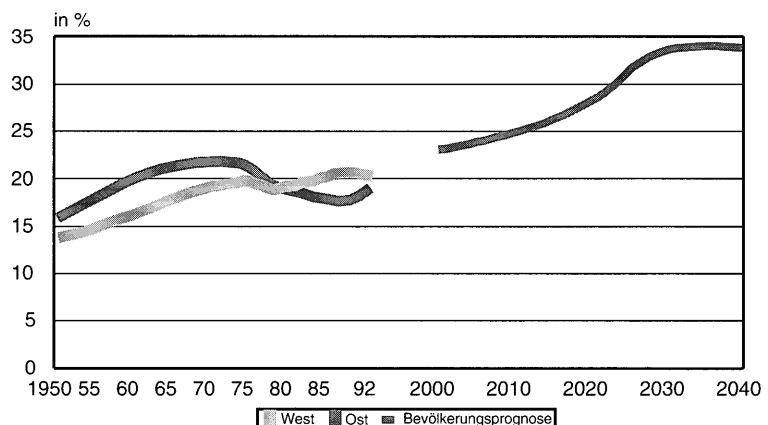
1950 von 18 Millionen auf knapp 16 Millionen im Jahre 1992. Der Anteil der Älteren in der DDR bzw. Ostdeutschland stieg, ähnlich wie im Westen zwischen 1950 und 1974 von 16 auf 22 Prozent an. Danach ist ein deutlicher Rückgang der Quote zu erkennen, der unter anderem auf die seit 1975 ansteigenden und dann zwischen 1980 und 1989 auf einem hohen Niveau stagnierenden ostdeutschen Geburtenraten, sowie auf die in den achtziger Jahren betriebene Politik der Honecker-Ära mit Ausreisegenehmigungen für Rentner, zurückzuführen ist. Erst seit 1989 steigt wiederum der Anteil älterer Ostdeutscher, da unter anderem die Geburtenrate schlagartig gesunken ist und die mobilen Jüngeren - teilweise bedingt durch ökonomische Motive - in den Westteil von Deutschland abwandern.

### Gewonnene Jahre mit Risiken verbunden

Unter der Annahme, daß sich keine nachhaltigen Veränderungen des Fertilitätsverhaltens von Frauen sowie der Zuwanderungsraten ergeben, wird Deutschland im nächsten Jahrtausend einen tiefgreifenden demographischen Wandel zu verkraften haben, der Auswirkungen auf die unterschiedlichsten Lebensbereiche haben wird. Mit der Hilfe einer Auswahl von soziodemographischen Indikatoren kann bei einer Querschnittsbetrachtung der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland deutlich gemacht werden, welche Veränderungen insbesondere die Gruppe der Senioren bereits erfahren hat,

Graphik 1

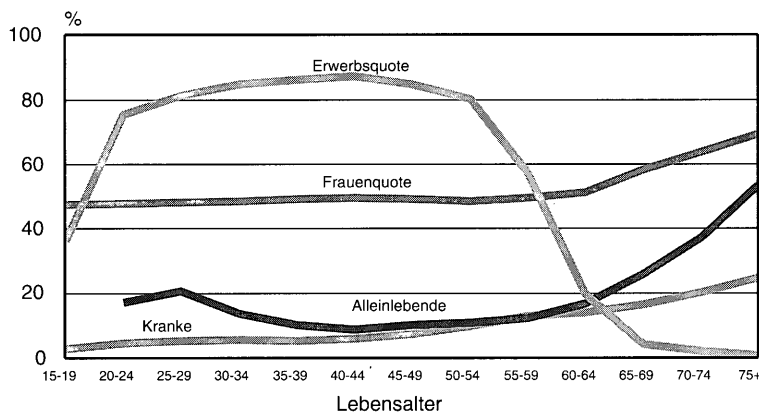
### Anteil der Bevölkerung über 60 Jahre in Deutschland



Quelle: Statistisches Jahrbuch 1994, achte koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung

Graphik 2

### Ausgewählte soziodemographische Indikatoren für die deutsche Bevölkerung



Datenbasis: Mikrozensus 1992 und 1993

und welche für die zukünftige Entwicklung von zentraler Wichtigkeit sein werden (Graphik 2).

- Die Lebensphase des Ruhestands hat sich ausgedehnt, bedingt durch den immer früher stattfindenden Rückzug aus dem Erwerbsleben, der bereits in der Altersgruppe der 55-59jährigen zu einer deutlich sinkenden Erwerbsquote führt, sowie einer seit Jahren steigenden Lebenserwartung.
- Zwei Drittel der Älteren über 60 Jahre sind Frauen. Dieser Frauenüberschuß, der unter anderem durch die Weltkriege und eine höhere Lebenserwartung der Frauen entsteht, zeigt sich weniger deutlich in der Altersgruppe der 60-64jährigen. Die Gruppe der Hochaltrigen über 75 Jahre jedoch setzt sich zu 70 Prozent aus Frauen zusammen.
- Der Anteil der Verwitweten in der Bevölkerung steigt mit dem Alter kontinuierlich an und erreicht bei den über 80jährigen Männern knapp 40 Prozent und bei den Frauen dieser Kohorte sogar 77 Prozent. Für ältere Menschen fällt eine Verwitwung zumeist mit einer Verkleinerung des Haushalts zusammen, da alternative Wohnformen nicht weit verbreitet sind. Für die Älteren und hierbei insbesondere für die Gruppe der über 75jährigen, in der mehr als die Hälfte in 1-Personenhaushalten lebt, ist diese Haushaltssituation vielfach eine Folge der Ver-

witwung. Dagegen kann vermutet werden, daß beispielsweise bei der Altersgruppe der 25 bis 29jährigen, die zu 21 Prozent alleine leben, der 1-Personenhaushalt eher eine freiwillig gewählte Form der Lebensführung darstellt.

- Der Anteil der Personen, die von einer dauerhaften Krankheit und der teilweise damit verbundenen Pflegebedürftigkeit betroffen sind, steigt mit zunehmendem Alter an. In der Altersgruppe der Hochbetagten über 75 Jahre trifft das auf jede vierte Person zu. Die absolute Zahl der zukünftigen Pflegebedürftigen wird sich vermutlich parallel mit dem prognostizierten Zuwachs an Hochbetagten bis zum Jahr 2030 entwickeln.

Diese Veränderungen verweisen auf einzelne Lebensbereiche, die als konstituierend für die Lebenswelt älterer Menschen angesehen werden können. Fragen nach Armut, Wohnverhältnissen, gesundheitlichen Beeinträchtigungen, Freizeitverhalten oder der Gefahr von Vereinsamung konnten auf der Datenbasis des bisher sechsten Wohlfahrtssurveys aus dem Jahre 1993 untersucht werden. Diese Studie wurde im Rahmen eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Gemeinschaftsprojekts der Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung und der Abteilung Soziale Indikatoren des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen durchgeführt,

und hat einen Stichprobenumfang von 3062 Befragten, davon 2046 in Westdeutschland und 1016 in Ostdeutschland.

#### Ältere Menschen weniger stark von Armut betroffen

Betrachtet man die finanzielle Situation der deutschen Bevölkerung, so wird deutlich, daß Faktoren wie die Haushaltsform und der Erwerbs- und Berufsstatus des Haushaltsvorstands darüber entscheiden, ob einer Person ein unterdurchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen zur Verfügung steht. Dies bedeutet, daß Gruppen wie kinderreiche Familien, unvollständige Familien oder Arbeitslose finanziell benachteiligt sind. Das unterste Einkommensdezil, das auf der Basis des bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens getrennt für Ost- und Westdeutschland berechnet wurde, wird als Grenze definiert, um Problemgruppen zu identifizieren, die in relativer Armut leben. Es zeigt sich, daß ältere Menschen im Durchschnitt weniger stark von Armut betroffen sind: Nur knapp 6 Prozent der über 60jährigen im gesamten Bundesgebiet fallen unter diese so definierte Grenze (Tabelle 1). Obwohl den Älteren in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland nominal weniger Einkommen zur Verfügung steht, leben aufgrund des niedrigeren ostdeutschen Wohlstandsniveaus nur wenige Senioren in relativer Armut. Dies weist daraufhin, daß die ostdeutschen Älteren nicht mehr, wie zu Zeiten der DDR aufgrund der geringen Mindestrenten, zu den Benachteiligten gezählt werden können. Im Durchschnitt ist die Gruppe der älteren Menschen in West- und Ostdeutschland - aufgrund der Altersrente als primäre Einkommensquelle - mit einer guten finanziellen Ausstattung versorgt.

Frauen haben - im Westen stärker als im Osten - sowohl aufgrund ihrer Erwerbsbiographien, die nicht durch eine kontinuierliche Erwerbstätigkeit sowie Vollzeitbeschäftigung bestimmt werden, als auch durch das im allgemeinen geringere Arbeitseinkommen im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen, schlechtere Ausgangsbedingungen für die Lebensgestaltung im Alter. Der Großteil der älteren Frauen lebt zwar ebenfalls in guten finanziellen Verhältnissen, jedoch sind in Deutschland insbesondere alleinstehende Frauen - und dies ist jede zweite Seniorin über 60 Jahre - von einem vergleichsweise größeren Armutsrisko betroffen,

aber auch ältere Zuwanderer, die, ähnlich wie Frauen, nur wenige Rentenansprüche erworben haben. Es bleibt abzuwarten, wie sich angesichts weiter steigender Scheidungsraten, einer Zunahme von Teilzeitarbeitsplätzen, aber auch der Zunahme von Langzeitarbeitslosigkeit die zukünftigen Problemgruppen zusammensetzen werden.

**Mehr Wohnfläche aber geringere Wohnqualität für ältere Menschen**

Mit zunehmendem Alter, das zumeist mit eingeschränkter Mobilität einhergeht, wird die Wohnung noch stärker als in jüngeren Jahren zu einem zentralen Lebensmittelpunkt. Bei der Betrachtung zentraler Indikatoren dieses Lebensbereichs wird deutlich, daß den über 60jährigen Befragten im gesamten Bundesgebiet mit 50 qm im

Westen und knapp 40 qm im Osten überdurchschnittlich viel Wohnfläche pro Person zur Verfügung steht (Tabelle 1). Jeder dritte Ältere lebt in einem 1-Personenhaushalt und verfügt im Westen mit 69 qm noch stärker als im Osten mit 52 qm über die größte Wohnfläche. Dies verweist auf die bekannte Tatsache, daß ältere Menschen in ihrer Wohnung verblieben sind, obwohl der Haushalt im individuellen Lebensverlauf kleiner geworden ist. Trotz dieser überdurchschnittlichen Wohnraumversorgung älterer Menschen ist die Qualität ihrer Wohnungen unterdurchschnittlich.

Über die Hälfte der Älteren in Ostdeutschland und 14 Prozent in Westdeutschland leben in Wohnungen, die keine Standardausstattung mit Bad, Toilette und Zentralheizung haben. Insbesondere in Ost-

deutschland sind die über 60jährigen benachteiligt, da jede zweite Person auf eine Zentralheizung, knapp 20 Prozent auf eine Toilette und 15 Prozent auf Bad/Dusche in der Wohnung verzichten muß. Gründe für diese qualitative Unterversorgung älterer Ostdeutscher sind unter anderem in der Wohnungspolitik der DDR zu sehen, die insbesondere jüngere Familien mit Kindern bei der Vergabe von Neubauwohnungen mit besserer Ausstattungsqualität bevorzugt hat. Sowohl in Ost- wie auch für Westdeutschland könnten Wohnungstauschmodelle auf der Ebene von Wohnvierteln, wie sie von einigen Kommunen vorgeschlagen werden, Verteilungsprobleme auf dem Wohnungsmarkt - zwischen großen, aber schlecht ausgestatteten Wohnungen der Senioren und kleinen, aber qualitativ besseren Wohnungen der Familien - möglicher-

**Tabelle 1: Lebensbedingungen älterer Menschen über 60 Jahre**

		BRD Gesamt Ältere		West Gesamt Ältere		Ost Gesamt Ältere	
<b>Einkommen:</b>							
Durchschnittliches bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen*	DM	1524	1505	1651	1683	1105	1196
Unterstes Einkommensdezil **	%	10	6	10	7	10	2
<b>Wohnen:</b>							
Wohnfläche pro Person	qm	37	47	41	50	30	39
Haushalte mit Bad, WC, Zentralheizung (Standardausstattung)	%	83	78	90	86	54	43
Eigentümeranteil	%	41	51	47	55	29	33
<b>Gesundheit:</b>							
Dauerhaft behindert oder pflegebedürftig	%	5	11	5	11	5	13
Regelmäßige Medikamenteneinnahme	%	28	59	28	58	27	66
Mindestens ein Besorgnissymptom genannt ***	%	49	61	48	58	56	71
<b>Sozialkontakte:</b>							
Bin einsam	%	14	23	13	22	16	29
Enge Freunde vorhanden	%	85	75	87	76	81	69
Tägliche Kontakte mit bestem Freund	%	13	11	14	11	12	10
Keine Kontaktmöglichkeiten vorhanden	%	3	8	3	7	4	11

\* Das Haushaltsnettoeinkommen wurde - in Anlehnung an den Sozialhilfesatz - nach der Größe des Haushalts und dem Alter der einzelnen Haushaltspersonen gewichtet.

\*\* Personen, deren Einkommensniveau im untersten Zehntel der Verteilung des gewichteten Haushaltseinkommens getrennt für West- /Ost- und Gesamtdeutschland liegt.

\*\*\* Personen, die mindestens eines der Besorgnissymptome wie „öfters erschöpft oder erschlagen“, „immer wieder Ängste und Sorgen“, „ständig aufgeregt und nervös“, „gewöhnlich unglücklich oder niedergeschlagen“ sowie „öfters zittern und schütteln“ genannt haben.

weise angemessen lösen helfen. Im Rahmen dieses Modells könnte die Möglichkeit zur Sanierung genutzt werden.

Neben der Wohnfläche und der Wohnqualität ist die Wohnform von großer Bedeutung für die Wohnzufriedenheit. Sowohl für Ost- als auch für Westdeutschland gilt, daß Ältere häufiger Eigenheimbewohner sind als Jüngere. Im Westen lebt jede zweite ältere Person im eigenen Haus oder in der Eigentumswohnung. In den fünf neuen Bundesländern liegt die Eigentümerquote, bedingt durch die in der DDR durchgeführte Umwandlung von privatem Wohneigentum in Volkseigentum, auf einem deutlich niedrigeren Niveau und erreicht bei den über 60jährigen nur 33 Prozent.

#### **Starke gesundheitliche Beeinträchtigungen im Alter**

Ältere Menschen messen erwartungsgemäß ihrer Gesundheit eine größere Bedeutung für ihr subjektives Wohlbefinden bei als Jüngere. Insgesamt 85 Prozent der über 60jährigen stufen die Gesundheit als sehr wichtig für ihr Wohlbefinden ein. Da immerhin 13 Prozent der über 60jährigen Ost- und 11 Prozent der älteren Westdeutschen dauerhaft behindert oder pflegebedürftig sind, kann vermutet werden, daß älteren Menschen ihre gesundheitliche Verfassung um so wertvoller erscheint und damit höher eingeschätzt wird (Tabelle 1). Eine dauerhafte Erkrankung oder Pflegebedürftigkeit wird mit zunehmendem Alter wahrscheinlicher und trifft jeden fünften Hochbetagten über 75 Jahre. Mit der Einführung der Pflegeversicherung zum 1.1.1995 wird, angesichts der demographischen Entwicklung mit einer steigenden Zahl von Hochbetagten und dem damit verbundenen zunehmendem Pflegebedarf, eine bis dato als unzureichend empfundene und dringend notwendige Pflegefallsicherung gewährleistet.

Auf den im Lebensverlauf schlechter werdenden Gesundheitszustand weist auch der starke Medikamentenkonsum von Älteren hin. Geben in der Altersgruppe der 18-29jährigen nur 6 Prozent eine regelmäßige Arzneimittelaufnahme an - gefragt wurde nach regelmäßiger „richtiger“ Arzneimittelaufnahme und nicht nach Vitamin- oder Stärkungsmitteln -, wächst der Anteil bei den über 60jährigen in Westdeutschland auf 58 Prozent

und in Ostdeutschland sogar auf 66 Prozent. Neben diesen objektiven weisen auch weitere subjektive Indikatoren darauf hin, daß ältere stärker als jüngere Menschen in ihrem Wohlbefinden eingeschränkt sind und Ostdeutsche häufiger als Westdeutsche über negative Erfahrungen wie von zu hoher Beanspruchung, Angst, Nervosität oder depressiver Verstimmung berichten. Mindestens eines dieser Besorgnissymptome wird von knapp 60 Prozent der Älteren in Westdeutschland und von über 70 Prozent der ostdeutschen Senioren genannt.

#### **Rückgang der außerhäuslichen Freizeitgestaltung im Alter**

Die Entpflichtung älterer Menschen aus dem Beruf oder der Familie führt zu einer Ausweitung frei verfügbarer Zeit. Im Durchschnitt geben insgesamt 10 Prozent der Befragten an, „sehr viel“ Freizeit zur Verfügung zu haben, im Vergleich zu 43 Prozent der Senioren. Auf die Frage, welche Tätigkeiten in der Freizeit „öfters“ ausgeübt werden, ergibt sich folgendes Bild: Tätigkeiten, wie „fern- bzw. Video sehen“ (72 Prozent), „spazieren gehen, wandern oder Ausflüge machen“ (43 Prozent), „Gartenarbeit“ (39 Prozent), „Bücher lesen“ (36 Prozent) und „basteln“ (25 Prozent) werden von den Älteren häufiger ausgeübt als von jüngeren Befragten. Dagegen werden Aktivitäten im familiären oder Freundeskreis (43 Prozent), aber auch weitere außerhäuslichen Tätigkeiten wie „Sportveranstaltungen besuchen“ (4 Prozent), „aktiv Sport treiben“ (7 Prozent) oder „essen gehen“ (4 Prozent) im Gegensatz dazu von den Senioren weniger häufig ausgeübt.

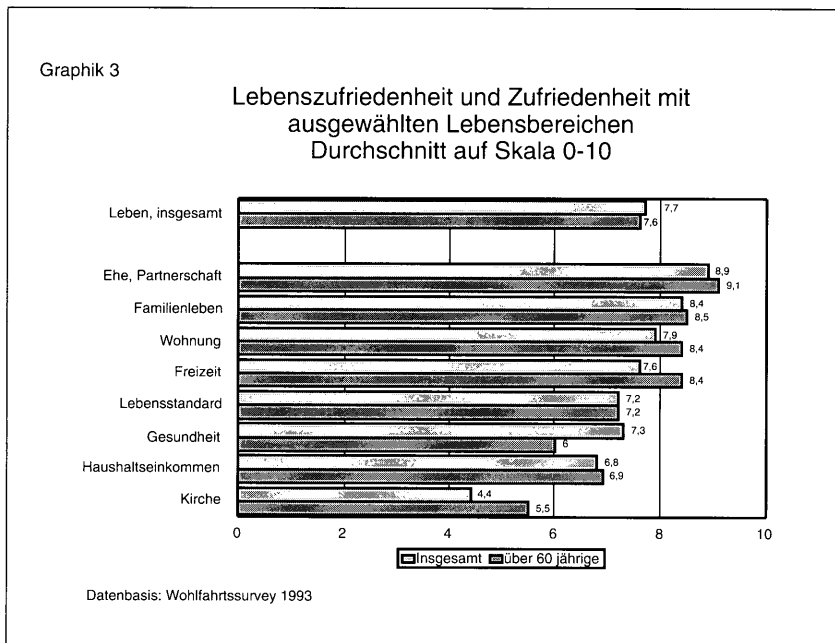
Wird zwischen familiären, inner- und außerhäuslichen Freizeitaktivitäten unterschieden, zeigt sich, daß die Gruppe der jungen und aktiven Senioren zwischen 60 und 64 Jahren in allen drei Bereichen sehr engagiert sind. Mit zunehmendem Alter nimmt dann die Vielfalt der familiären und innerhäuslichen Freizeittätigkeiten nur leicht, die der außerhäuslichen Tätigkeiten deutlich ab. Das Freizeitverhalten Hochbetagter über 75 Jahre beschränkt sich zumeist auf den häuslichen Umkreis, was sich teilweise auf den Gesundheitszustand zurückführen läßt.

Neben dem Alter haben weitere Faktoren wie Bildung, Geschlecht oder der Wohnort in Ost- oder Westdeutschland einen

großen Einfluß auf die Freizeitgestaltung. Je höher der Bildungsabschluß der Befragten ist, um so häufiger werden kulturelle Veranstaltungen besucht, Weiterbildungsangebote wahrgenommen wird, sich künstlerisch betätigt oder gelesen. Männer besuchen häufiger Sportveranstaltungen, treiben auch häufiger aktiv Sport und gehen eher in die Kneipe als Frauen, die sich auf häusliche Tätigkeiten im familiären oder künstlerischen Bereich konzentrieren. Bei einem innerdeutschen Vergleich der Freizeitgestaltung wird nicht nur in der Gruppe der Älteren deutlich, daß Ostdeutsche - vermutlich wegen mangelnder finanzieller Ressourcen oder fehlender Infrastruktureinrichtungen - eher auf außerhäusliche Tätigkeiten verzichten. Beispielsweise sind 40 Prozent der westdeutschen Senioren Mitglied in einem Verein - im Gegensatz zu jedem vierten Ostdeutschen dieser Vergleichsgruppe - und gestalten darüber hinaus ihre Freizeit eher mit Kursen zur Weiterbildung, aktivem Sport, Restaurant-, Kneipen- oder Theaterbesuchen.

#### **Ältere Frauen häufiger einsam**

Die mit zunehmendem Alter stärkere Bindung an häusliche Freizeitaktivitäten könnte zu einer Isolation älterer Menschen in unserer Gesellschaft führen. Es zeigt sich, daß im Durchschnitt fast jeder Vierte der über 60jährigen in Deutschland oft einsam ist (Tabelle 1). Von Einsamkeit betroffen zu sein, differiert je nach Alter, Geschlecht und Ost-West-Zugehörigkeit erheblich: 14 Prozent der jüngeren Älteren zwischen 60 und 64 Jahren, aber knapp 40 Prozent der Hochbetagten über 75 Jahre; jede dritte Frau über 60 Jahre, aber nur 8 Prozent der älteren Männer; jeder fünfte westdeutsche Ältere und knapp 30 Prozent der ostdeutschen Vergleichsgruppe ist einsam. Dieses Gefühl der Einsamkeit resultiert unter anderem daraus, daß ältere Menschen und hierbei insbesondere ältere Frauen häufiger alleine leben, die Anzahl der Freunde als auch die Kontakthäufigkeit mit dem besten Freund mit zunehmendem Alter deutlich sinkt, sowie die Möglichkeit der Kontaktaufnahme zu anderen Menschen mit zunehmendem Alter, und bei Frauen deutlicher als bei Männern, als gering eingeschätzt wird. Das Risiko des gesellschaftlichen Rückzugs und einer damit verbundenen Vereinsamung steigt mit zunehmendem Alter und es bedarf Anstrengungen sowohl von Seiten der Vereine, von Organisationen wie



Volkshochschulen oder Altenhilfemaßnahmen, als auch von Familien, Freunden oder Nachbarn, diesen Prozessen entgegenzuwirken.

**Hohe Lebenszufriedenheit älterer Menschen**

Nun stellt sich die Frage, wie ältere Menschen ihre faktischen Lebensbedingungen wahrnehmen und bewerten: In den Wohlfahrtssurveys wird nach der allgemeinen Lebenszufriedenheit, sowie nach der Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbereichen gefragt, die auf einer von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) reichenden Skala eingestuft wird. Bei den ausgewählten Zufriedenheitsäußerungen wird deutlich, daß ältere Menschen insbesondere mit den Bereichen Wohnen, Freizeit und Kirche überdurchschnittlich und mit ihrer Gesundheit weniger zufrieden sind (Graphik 3). Bei der Interpretation der Zufriedenheitsangaben muß berücksichtigt werden, daß neben der Qualität der Lebensverhältnisse auch soziale Vergleichsprozesse, sowie das individuelle Anspruchsniveau in die Bewertungsprozesse eingehen. Die Bürger der fünf neuen Bundesländer sind mit dem Leben allgemein, aber auch mit den einzelnen Lebensbereichen weniger zufrieden als Westdeutsche. Diese Unterschiede, die unter anderem durch das Wohlstandsgefälle zwischen West und Ost bedingt

werden, zeigen sich auch bei der getrennten Betrachtung west- und ostdeutscher Senioren.

Ältere Menschen sind mit ihrer Wohnung im Durchschnitt mit 8,4 deutlich zufriedener als die Gesamtbevölkerung. Gründe für diese überdurchschnittliche Wohnzufriedenheit sind trotz der unterdurchschnittlichen Wohnqualität älterer Menschen unter anderem darin zu suchen, daß in dieser Gruppe der Eigentümeranteil höher liegt und Eigenheimbewohner ihre Wohnsituation deutlich positiver beurteilen als Mieter, andere Faktoren wie die Verbundenheit mit der Wohnung und Wohngegend eine wichtige Rolle spielen, oder aber möglicherweise das Anspruchsniveau mit steigendem Alter abnimmt. Das Urteil über die eigene Gesundheit fällt bei älteren Menschen, im Osten stärker als im Westen, deutlich schlechter aus und liegt mit einem Wert von 6,0 unter dem Gesamtdurchschnitt von 7,3. Wird der faktische Gesundheitszustand der Befragten berücksichtigt, ergeben sich nur noch geringfügige Zusammenhänge zwischen steigendem Alter und sinkender Zufriedenheit mit der Gesundheit. Mit ihrer Freizeit sind ältere Menschen dagegen mit einem Wert von 8,4 eher zufrieden. Der Rückzug von einer außerhäuslichen Freizeitgestaltung im Alter, der durch einen schlechten Gesundheitszustand verursacht werden kann, wird offensichtlich nicht negativ bewertet. Es kann angenom-

men werden, daß sich ältere Menschen ihre Freizeit je nach persönlichen Interessen, finanziellen und körperlichen Möglichkeiten, eher im häuslichen Bereich gestalten und dies nicht als Verzicht empfinden.

Die allgemeine Lebenszufriedenheit, die als globales Maß die Lebenssituation bewertet, liegt bei den Älteren im Durchschnitt bei 7,6 und differiert nur wenig zwischen verschiedenen Altersgruppen. Erwartungsgemäß zeigt sich bei gesundheitlichen Beeinträchtigungen, schlechter finanzieller Ausstattung oder einem Rückzug auf innerhäusliche Freizeitaktivitäten, eine geringere Lebenszufriedenheit. Angesichts des prognostizierten demographischen Wandels und der vorgestellten objektiven Lebensbedingungen älterer Menschen kann vermutet werden, daß auch in Zukunft insbesondere Pflegebedürftigkeit, Isolation und Einsamkeit als Problembereiche identifiziert werden können, die die subjektiv wahrgenommene Lebensqualität im Alter deutlich einschränken.

*Helmut Schröder, ZUMA  
(Tel.: 0621/1246-145)*

## Datenreport 1994

### Sozialberichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland

Im Dezember ist der Datenreport 1994 erschienen. In der Form einer Sozialberichterstattung werden die objektiven Lebensbedingungen und das subjektive Wohlbefinden in den alten und neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland mit allgemeinverständlichen Tabellen, Grafiken und Texten dargestellt. Es handelt sich um das Ergebnis einer Kooperation zwischen der amtlichen Statistik und der wissenschaftlichen Sozialberichterstattung: Der Datenreport wird vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim herausgegeben. Der erste Teil des Datenreports beschreibt die objektiven Lebensbedingungen auf der Grundlage der breiten Palette der Datenbestände der amtlichen Statistik, der zweite Teil beruht auf Umfragedaten der empirischen Sozialforschung, der auch subjektives Wohlbefinden, Werthaltungen und Einstellungen in die Betrachtung einbezieht.

Im Datenreport 1994, dem zweiten seit der Wiedervereinigung Deutschlands, steht der Vergleich zwischen alten und neuen Bundesländern im Vordergrund. Der Entwicklung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland wird durch Zeitreiheninformationen Rechnung getragen. Als Datengrundlage für den nicht-amtlichen zweiten Teil wurde insbesondere auf die Wohlfahrtssurveys zurückgegriffen. Es handelt sich um sozialwissenschaftliche Umfragen zur Lebensqualität, die seit 1990 auch die neuen Bundesländer umfassen. Für spezifische Fragestellungen wurde auch auf andere sozialwissenschaftliche Umfragen, wie z.B. das Sozioökonomische Panel (Längsschnittuntersuchung) für den Beitrag über Armut, zurückgegriffen.

Im amtlichen Teil des Datenreports, der in seiner Struktur seit der letzten Ausgabe nicht verändert wurde, sind Tabellen und Grafiken weitgehend mit Daten aus den neuen Bundesländern versehen. Der zweite Teil des neuen Datenreports, der neben seiner Darstellung der Lebensbedingun-

gen in den einzelnen Lebensbereichen auch ein übergreifendes Kapitel zum subjektiven Wohlbefinden, zur Sozialstruktur und zur Gesellschaftspolitik aufweist, wurde um einige Gliederungspunkte erweitert. So wurde ein Beitrag zu Wertorientierungen, Ansprüchen und Erwartungen der deutschen Bevölkerung im Kapitel „Subjektives Wohlbefinden“ aufgenommen. Im Kapitel „Lebensbedingungen und ihre Bewertung“ werden jetzt auch Ergebnisse zu Lebensstilen mit Daten zur individuellen Alltagsorganisation und kulturellem Geschmack präsentiert. Das Kapitel „Gesellschaftspolitik“ widmet sich insbesondere der Problematik der deutschen Einheit. Hier findet man u.a. Ergebnisse zur wechselseitigen Wahrnehmung von Ost- und Westdeutschen im Einigungsprozeß oder Einstellungen gegenüber den politischen Systemen der Bundesrepublik und der DDR.

Auch der Datenreport 1994 stellt wieder den gelungenen Versuch dar, Ergebnisse der amtlichen Statistik und Erkenntnisse der sozialwissenschaftlichen Wohlfahrtsforschung unter dem Blickwinkel der deutschen Einheit in einem kompakten Kompendium zusammenzustellen. Es handelt sich um einen informationsreichen Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland nach der Wiedervereinigung.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.), in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim: Datenreport 1994. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 325) ISBN 3-89331-201-3; ISSN 0435-7604. Eine Buchhandelsausgabe erscheint beim Verlag Bonn Aktuell, München.

*Stefan Weick, ZUMA  
(Tel.: 0621/1246-245)*

#### Impressum

**Herausgeber:**  
**Zentrum für Umfragen, Methoden  
und Analysen (ZUMA) e.V.**  
**Abteilung Soziale Indikatoren**

ZUMA ist Mitglied der Gesellschaft  
Sozialwissenschaftlicher Infrastruk-  
tureinrichtungen (GESIS) e.V.

Postfach 12 21 55  
D-68072 Mannheim  
Telefon: (06 21) 12 46 - 0  
Telefax: (06 21) 12 46 - 100

**Verantwortlich für den Inhalt:**  
Dr. Heinz-Herbert Noll

**Redaktion:**  
Dr. Caroline Kramer

**Satz und Druck:**  
Verlag Pfälzische Post GmbH  
Winzinger Straße 30  
67433 Neustadt / Weinstraße

Bei Quellenangabe frei zum Nach-  
druck; Beleg erbeten  
**ISSN 0935-218X**